

Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes
Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund
Band: 49 (1957)
Heft: 6

Artikel: Wohin steuert der Ostblock?
Autor: Schaerf, Jacques
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-353797>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 03.12.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

arbeitsvertrag ist also ein wirksames Schutzmittel für den älteren Arbeiter.

Die Kinderzahl der Bau- und Holzarbeiter entspricht, wie der Vergleich mit Angaben für die Metallarbeiter aus dem Jahre 1944 bestätigt, unseren städtischen Verhältnissen. Gesamthaft betrachtet, waren bereits im Jahre 1955, also vor der Einführung der gesamtarbeitsvertraglichen und gesetzlichen Kinderzulagen, namentlich im Schreinerberuf mit seinen festen Arbeitsverhältnissen, Ansätze für eine Berücksichtigung der Kinderlasten bei der Lohnfestsetzung vorhanden. Teilt man allerdings die Familienväter nach Altersstufen auf, so verwirrt sich dieses Bild wieder. Um so erfreulicher ist es, daß nun kraft Gesamtarbeitsvertrags und nachträglich auch noch kraft Gesetzes besondere Kinderzulagen gewährt werden. Daß der aus den Beiträgen der Vertragsfirmen gebildete Sozialfonds des Bau- und Holzgewerbes außer der Entrichtung der Kinderzulagen später auch noch der Schaffung einer zusätzlichen Alters- und Hinterbliebenenversicherung dienen soll, ist ein weiteres Zeichen für die soziale Gesinnung der im hier untersuchten Gesamtarbeitsvertrag vereinigten Vertragsparteien der Arbeitgeber- und der Arbeitnehmerseite. Dieser Vertragswille, wie er sich unter den gegebenen Verhältnissen des Basler Bau- und Holzgewerbes manifestiert, ist die einigende Kraft, der das Vertragswerk seine lebendige Entwicklung verdankt.

Die geschilderten Basler Erfahrungen sind als Beispiel für die sozialpolitischen Möglichkeiten des Gesamtarbeitsvertrags von allgemeiner Bedeutung. Sie sind ein schweizerischer Beleg für die Feststellung von Professor Dr. Edgar Salin in seinem Aufsatz über den Gesamtarbeitsvertrag im Handbuch der Schweizerischen Volkswirtschaft (Ausgabe 1955, Band I, Seiten 548 ff.), wonach die Geschichte fast aller Industrieländer beweist, daß unter sozialen Gesichtspunkten die Gesamtarbeitsverträge als einzige bisher erfolgreiche Lösung der Frage des angemessenen Lohns im nichtautoritären Staat zu gelten haben.

Dr. Lukas Burckhardt, Basel

Wohin steuert der Ostblock ?

Die stalinsche Wirtschaftspolitik gegenüber den osteuropäischen Ländern, die seit Kriegsende das sowjetische Glacis bilden, kann als eine Politik der *Ausnutzung des ökonomischen Potentials dieser Zone zur Hebung des äußerst niedrigen Lebensstandards in der UdSSR selbst* betrachtet werden. Dies in der ersten Nachkriegsphase, die besonders in den früheren «Feindländern» als eine Politik direkter wirtschaftlicher Ausplünderung der neuen Einflußgebiete bezeichnet werden muß, und in der zweiten Phase, in der der wirtschaftliche Umbau in erster Linie den direkten Interessen Rußlands untergeordnet wurde, und indem die Wirtschaftspolitik

des Kremls auf lange Sicht die Abschöpfung des Nationaleinkommens der gesamten Satellitenländer mit Hilfe von Handelsdiktaten, «Gemischten Gesellschaften» usw. ausgedehnte sowjetwirtschaftliche Machtpositionen schuf. Die schwere Hand des russischen Eingriffs beschränkte sich aber nicht nur auf diese Methoden. Der Kreml zwang den Ländern eine allgemeine Wirtschaftsplanung auf, die sich eng an das stalinsche Dogma der «absoluten Vorherrschaft der Schwerindustrie» hielt. Gleichzeitig drängte Moskau mit weniger Erfolg auf eine beschleunigte Kollektivisierung des Agrarsektors. Alle diese Faktoren, verschärft durch eine straffe Planung und weitgehende Bürokratisierung, beschleunigten trotz gegenteiliger offizieller Statistiken die Senkung des Lebensniveaus in den Satellitenländern. Um sich ein Bild über die Auswirkungen dieser Wirtschaftspolitik im Dienste des russischen Imperiums zu machen, sei hier die Meinung des französischen Spezialisten für Ostprobleme, *Jan Marewski*, erwähnt, der in seinem letzthin erschienenen Werk über die Planung in den Volksdemokratien hervorhebt, daß schon die Abschöpfung von 2 Prozent des Nationaleinkommens dieser Länder zugunsten Rußlands zu einer Reduktion von 4 Prozent des Volksverbrauchs und 12 Prozent des Arbeitereinkommens führt. Zu diesen direkten Auswirkungen russischer Ausbeutung kommen die Folgen der Planung mit einer Schrumpfung des Nationalverbrauchs durch eine Politik hoher Preise und niedriger Löhne, die in keinem Verhältnis zu westeuropäischen Normen stehen. Die bauernfeindliche Politik der Satellitenregierungen, von Moskau dirigiert, um das Terrain für die Kollektivisierung vorzubereiten, führte zu einer Schrumpfung der Agrarproduktion, die selbst in den früher traditionellen landwirtschaftlichen Ueberschußgebieten, wie Rumänien und Bulgarien, völlig ungenügend wurde, um die ständig zunehmende Stadtbevölkerung – hervorgerufen durch die rapide Industrialisierung – zu ernähren.

Die Resultate dieser Politik und ihre potentiellen Gefahren für den Bestand des russischen Glacis scheinen schon vor Stalins Tod einem Teil seiner Umgebung bewußt gewesen zu sein. Dies erklärt den rapiden Uebergang zu der These *Malenkows* von der Förderung der Leichtindustrie im Zeichen eines Eingeständnisses vom Vorhandensein gewisser Disproportionen zwischen den Investitionsfonds und Verbrauchsfonds, zum Nachteil des letzteren, die nach Malenkow weitgehend revidiert werden sollte durch eine gewisse Verlangsamung des Ausbaus der Schwerindustrie. Am prägnantesten äußerte sich der «Malenkowismus» in Ungarn, wo der Stalinist *Rakosi* 1953 durch *Nagy* abgelöst wurde. Dies war kein Zufall, denn seit 1948 hatte die ungarische Wirtschaft, die sich nach dem Zusammenbruch erstaunlich erholt hatte, einen Verfall durchgemacht – mit Ausnahme des schwerindustriellen Sektors –, der der ungarischen Bevölkerung nur durch harten Terror und durch

Deportationen aufgezwungen werden konnte. Nagy ist mit seinen Konzessionen an die Bauern, die in Massen die Kolchosen verließen, und mit dem Versuch einer vom kommunistischen Standpunkt aus nichtorthodoxen Preispolitik sowie der Auflockerung der Zentralplanung weit über das Ziel hinausgeschossen, das die Gruppe der «Reformatoren» um Malenkow sich gesetzt hatten. Der Cliquenkampf im Kreml setzte der Malenkowperiode mit dem Versuch der begrenzten Aenderungen der Wirtschaftspolitik in Rußland und den Volksdemokraten im Hinblick auf eine größere Berücksichtigung der Verbraucher ein vorzeitiges Ende, noch bevor diese Politik zum Zuge kommen konnte. Der Chruschtschowkurs, der dieses kurzlebige Experiment ablöste, war in erster Linie eine Rückkehr zur alten Politik der Förderung der Schwerindustrie. Doch kann man nicht von einer genauen Rückkehr zu den alten stalinischen Methoden sprechen, denn die Moskauer Komekom-Organisation (Rat für wirtschaftliche Zusammenarbeit der Ostblockstaaten) eröffnete im Zeichen einer Gesamtplanung des Blocks zum erstenmal eine Aera der wirtschaftlichen Arbeitsteilung und weitgehenden Spezialisierung der einzelnen Länder. So erhielt, um nur ein Beispiel zu geben, Rumänien die Aufgabe, im Rahmen des Plans seine Erdölförderung weitgehend zu steigern, Hauptlieferant des Ostblocks für Erdölförderungsgeräte zu werden, sich im Bau von Schiffen kleinerer Tonnage für die Binnenschifffahrt zu spezialisieren usw. Dies hieß nicht, daß die Rumänen, die nur eine begrenzte Rohstoffbasis für die Schwerindustrie haben und die mit großen Schwierigkeiten die bereits bestehenden metallurgischen Zentren, die in den vorhergehenden Jahren einen raschen Aufstieg nahmen, sichern konnten, auf eine Ausweitung der Schwerindustrie verzichteten. Ein neues Zentrum in Roman in der wirtschaftlich rückständigen Moldau wurde in dieser Periode gebaut und soll Mitte dieses Jahres in Funktion treten. Dieses Kombinat wird ausschließlich mit Rohstoffen aus der Sowjet-Ukraine versorgt werden und eine zusätzliche Waffenschmiede Rußlands auf rumänischem Boden sein. Aehnliche, noch prägnantere Formen nahm die Zentralplanung Moskaus in anderen Volksdemokratien an. So wurde die hochqualifizierte Leichtindustrie der Tschechoslowakei völlig in den Hintergrund gedrängt, da dieses Land in den Plänen Moskaus der wichtigste Produzent (neben der deutschen Sowjetzone) für industrielle Ausrüstungen sein sollte. Das Ziel der neuen Komekom-Politik war es, einen gemeinsamen Markt der Ostblockländer zu schaffen, der diese an die UdSSR schmiedete und sie in der Rohstoffbeschaffung vom Gesamtblock weitgehend abhängig machte. Die Frage einer Verbesserung des Verbrauchs wurde in dieser Großraumplanung stiefmütterlich behandelt und den Ostblockstaaten selbst überlassen, ebenso wie das Problem, den durch die Umwälzungen entstandenen neuen Schwierigkeiten entgegenzutreten.

Der 20. Parteikongreß und die ihn beherrschende Liquidation der stalinschen Politik war die Folge des Drängens der erstarkenden bürokratischen Gruppen, die, vom Alpdruck der eisernen Faust des Georgiers befreit, bessere Lebensverhältnisse forderten. *Chruschtschow* versuchte die Frage der landwirtschaftlichen Produktionssteigerung auf eine originelle Art zu lösen. Statt der bisherigen Experimente, eine intensive Landwirtschaft in den traditionellen Zonen durch verstärkte Mechanisierung zu treiben, startete er den Plan der Neugewinnung weiter Landwirtschaftsflächen in Zentralasien und Sibirien. Ein Plan, der nach den ersten Rückschlägen 1956 einen gewissen Erfolg aufweisen konnte. Unter der Leitung *Mikojans* wurde die Produktion von gewissen (für sowjetische Begriffe) «Luxusartikeln», wie Waschmaschinen, Kühlschränke usw., begrenzt aufgenommen, um der Forderung auf höheren Lebensstandard der privilegierten Gruppen Rechnung zu tragen. Wenn Rußland nach dem Abbruch des Malenkowexperiments mit seinen gewaltigen Reserven ein gewisses Gleichgewicht hatte erzielen können, so war dies für die Mehrzahl der Satellitenländer nicht der Fall. In der deutschen Sowjetzone konnte durch die von Moskau den anderen Satelliten aufgezwungene Lieferungspflicht für Pankow nach den Juniereignissen 1953 bis in die letzte Zeit hin ein weiteres Absinken des Lebensniveaus verhindert werden. Dies gilt auch für die CSR, von der festzustellen ist, daß hier das Lebensniveau höher liegt als in den anderen Ostblockstaaten. Die Länder, in denen die Folgen der Fehlplanung in der Abschöpfung der Massenkaufkraft den meisten Widerspruch auslösten, waren Polen und Ungarn. Der sowjetische Druck auf diese beiden Länder hat noch mehr als in den anderen Ostblockländern von Beginn an gewisse Widerstände bis ins Lager der Kommunisten selbst ausgelöst. Der erste aufgezwungene ungarische Fünfjahresplan und polnische Sechsjahresplan fanden sogar keineswegs die unbedingte Zustimmung der als gute Stalinisten bezeichneten Verantwortlichen des Wirtschaftssektors in Ungarn (Gerö) und in Polen (Minc). Die Destalinisierungskampagne fiel auf fruchtbaren Boden in Polen, wo die Großbetriebe der Metallindustrie Ausgangspunkt der antirussischen Offensive wurden, unterstützt von «ketzerischen Studentengruppen» um die Zeitschrift «*Po prostu*». In Ungarn war es die Revolte der Intellektuellen gegen die Parteilüge, die dann im Laufe der Entwicklung die Arbeiterklasse auf den Plan rief. Die Rückkehr des «Titoisten» Gomulka als direkte Folge der Posener Ereignisse und das tragische Wiederauftauchen Nagys als Regierungschef nach dem blutigen 23. Oktober in Budapest eröffnen eine Periode der Sezessionen im Ostblock, die, wenn sie auch nicht brutale Formen annehmen, Zeichen des Widerstandes in den anderen Volksdemokratien sind. (So die Schriftstellerrevolte in der CSR und in Rumänien, das Auftauchen einer kostovistischen Minderheit in Bulgarien, Arbeiterunzu-

friedenheit in den Industriehochburgen Mitteldeutschlands, Intellektuellenagitation usw.)

Die Entwicklung der letzten Wochen nach dem sowjetisch-polnischen Kompromiß von Warschau und der zweiten russischen Intervention in Budapest vom 4. Oktober ist in ihren Grundlinien klar erkennbar. Während Polen durch radikale Umstellung der Wirtschaftspolitik, trotz der Grundinstitution der kommunistischen Parteiherrschaft in Moskau, zu einer neuen Orthodoxie zurückgekehrt ist, genau wie Jugoslawien als nicht mehr bedingungslos zum Ostblock und System der Volksdemokratien zugehörig betrachtet wird – die Nichteinladung Warschaus zur Budapester Konferenz ist in dieser Hinsicht bezeichnend –, ist der Kremlplan für Ungarn, dem gegenüber Chruschtschow mit aller Entschiedenheit den Satellitencharakter zu bewahren sucht, straffer. Dem Satellitenregime Kadar wird das Recht verweigert, dem Widerstand der einmütigen Bevölkerung gegenüber politische Konzessionen zu machen. Der sowjetische Militärapparat bleibt weiterhin der einzige Garant der Beibehaltung der Volksdemokratie. Der wirtschaftlichen Leere, Folge der Fehlplanung der Rakosi-Gruppe, der Revolution und des anhaltenden Arbeiterwiderstandes, versuchen die Sowjets durch Zugeständnisse an die nichtproletarischen Schichten (Bauernschaft, Handwerk, Gewerbetreibende) entgegenzutreten, während die Hauptlast des Zusammenbruchs die Arbeiterschaft trägt, der man keine Konzessionen zugestehen will. Die Idee einer zeitlich weitgehenden Planung wurde völlig aufgegeben, und Budapest ist zu einer Praxis zurückgekehrt, die sofort nach Kriegsende in der ersten Zeit der russischen Besetzung mit einigem Erfolg durchexerziert wurde: dem bloßen Wiederaufbau; mit dem einzigen Unterschied, daß 1945 das Regime auf die breite Mitarbeit der Bevölkerung rechnen konnte, während heute die Arbeiterschaft grundsätzlicher Pfeiler des antisowjetischen Widerstandes ist. In der Sowjetpolitik in Ungarn bleibt eine Frage offen: Wenn diese neue Praxis in eine Sackgasse gerät – was wahrscheinlich ist –, werden die Russen dann wieder den Weg *politischer* Konzessionen einschlagen? In der neuen Emigration überwiegt diese Meinung. Sollten sie sich zu solchen Konzessionen bequemen müssen, weiß man, wo sie beginnen, aber nicht, wo sie enden. Sie könnten der Schwanengesang des Glacis werden. Die Politik Rußlands in Ungarn wird bestimmt von der Tatsache des Zusammenbruchs des Rakosi-Regimes. In den anderen Ländern – im Gegensatz zu Ungarn – können die Russen weiterhin Ausmaß und Grenzen der Konzessionen bestimmen, da hier der ihnen ergebene Herrschaftsapparat intakt ist. Die wiederholten Erklärungen in letzter Zeit gegen den Nationalkommunismus aus Moskau, Peking, Prag, Pankow usw. stellen klar heraus, daß Moskau keinesfalls gewillt ist, seine Grundidee der Gesamtplanung und der Unterordnung aufzugeben, dies obwohl durch den Ausfall

Polens und Ungarns das Netzwerk Risse zu verzeichnen hat. Die wirtschaftlichen Maßnahmen auf dem Gebiete der Lockerung oder des Auflassens der landwirtschaftlichen Pflichtablieferungen in den Satellitenländern, die Revision der Fünfjahrespläne im Sinne einer größeren Aufmerksamkeit für die Verbrauchsgütererzeugung im Zeichen der Wiederkehr der Malenkowkritiken gegen die Disproportion von Verbrauchs- und Investitionsfonds deuten an, daß der Rhythmus der Industrialisierung eine gewisse Verlangsamung erfahren wird, um nicht eine Versteifung des Widerstandes auszulösen. Bisher hat Rußland die Wirtschaft der Ostblockstaaten wesentliche Tribute zahlen lassen. Um die Kohesion des Rumpfblocks aufrechtzuerhalten, ist Moskau nun gezwungen, eine neue Funktion zu übernehmen: nämlich zum erstenmal nicht nur als Nehmer, sondern auch als *Geber* aufzutreten, eine Funktion, die beim heutigen Zustand der sowjetischen Wirtschaft und den wachsenden Bedürfnissen der russischen Bevölkerung selbst, denen man bessere Tage nach den Jahrzehnten der Entbehrungen versprochen hat, schwerlich zu erfüllen sein wird. Dies um so weniger, als der Leerlauf und die erdrückende Bürokratisierung der einzelnen Sektoren und der bevorzugten Entwicklung der Schwerindustrie eine solche Spenderrolle äußerst erschweren. Um die Versprechungen erfüllen zu können, ist eine wichtige Reorganisation des sowjetischen Wirtschaftsbetriebes unerläßlich. Die politischen Verantwortlichen im Kreml, die ihre antidemokratischen Neigungen nie verleugnet haben, sind keinesfalls gewillt, einer tatsächlichen wirtschaftlichen Dezentralisation und einer effektiven, wenn auch begrenzten Beteiligung der Werktätigen an der Wirtschaft zuzustimmen. Dafür ist ihr Mißtrauen, was die «Reife» der Arbeiter für ein solches Experiment anbetrifft, genau so verankert, wie in zahlreichen großkapitalistischen und Managerkreisen. Hier liegt auch der tiefe Sinn der Kritiken, die in sowjetischen Organen am Funktionieren der jugoslawischen Arbeiterräte geübt werden und die Warnungen gegen die «waghalsigen Pläne» an die Adresse der polnischen Kommunisten.

Andererseits wissen Chruschtschow und seine Genossen des Politbüros sehr gut, daß der schwere Druck der wenig kompetenten politischen Führerkaste auf die sowjetische Wirtschaft und die der Volksdemokratien ein erschwerendes Element der latenten Krise ist. Sie sind bereit, hier Änderungen durchzuführen, um die normale Funktion der Wirtschaft zu erleichtern. Der Kreml ist bereit, den übersetzten, unproduktiven Kontrollapparat und die von ihm ausgehenden Kontrollmaßnahmen radikal zu beschneiden, der zentralen Planung eine gewisse Lokalinitiative gegenüberzustellen, ausgehend von den Betriebsführern und ihren engsten Mitarbeitern, um das schwerfällige Wirtschaftssystem elastisch zu machen. Heute

mehr denn je sehen die Russen im amerikanischen Vorbild, was das Funktionieren der Wirtschaft anbetrifft, die große Chance. In dieser neuen Phase übernimmt die russische Technokratie und ihr starker Mann, *Perwuchin*, die Schlüsselrolle in der Rettung der Planung und des gesamten Sowjetexperiments. Die gleiche Formel mit einigen lokalen Adaptationen wird nach dem Gesetze der obligatorischen Angleichung an das sowjetische Beispiel auch auf die Länder der «unbedingten» Satelliten übertragen werden. Das ist das Kernstück der vorgesehenen Aenderungen, die bewußt die Arbeiterklasse umgehen und ihr höchstens die unausweichlichen wirtschaftlichen Konzessionen machen. Nach polnischen und ungarischen Erfahrungen, die den russischen Machthabern die Labilität ihres Herrschaftsgefüges vor Augen führten und ihnen die Gefahren politischer Reformen vordemonstrierten, scheint Chruschtschow jeder Idee einer Auflockerung der monolithischen Diktatur abhold zu sein. Die Achilleferse des Systems ist jedoch *Rußland selbst*. Werden die russischen Intellektuellen und Arbeiter nach Jahrzehnten politischer Lähmung unter dem Druck der stalinschen Polizeidiktatur, nachdem sich letzthin gewisse politische Tendenzen im Geiste der Demokratie zeigten und auf die polnischen und ungarischen Ereignisse eine Schockwirkung hatten, sich der Strategie ihrer Machthaber anpassen? Oder werden sie, denen seit Jahrzehnten die elementarsten Freiheitsrechte vorenthalten wurden, jetzt, wo neue Opfer von ihnen gefordert werden, eine Aenderung des Regimes im Sinne der Demokratisierung fordern? Die Antwort kann nur das russische Volk geben. Von dieser Antwort und der Entwicklung in den nächsten Wochen im osteuropäischen und südosteuropäischen Raum hängen die Zukunft, das weitere Schicksal des gesamten Ostblocks ab.

Dr. Jacques Schaerf, Paris.

Vom Kampf um die verkürzte Arbeitszeit zum Ringen um die Gestaltung der Freizeit!

Mit Recht erklärte kürzlich ein führender Funktionär des deutschen Gewerkschaftsbundes, daß das Ringen um die 40-Stunden-Woche schneller entschieden sein werde als der seinerzeitige Kampf der Arbeiter um den 8-Stunden-Tag. Die Erreichung der verkürzten Arbeitszeit, bzw. des verlängerten Wochenendes, kann als berechtigtes gewerkschaftspolitisches *Nahziel* bezeichnet werden, und es ist in Anbetracht der beginnenden Automation nur eine Frage der Zeit, wann in den Großbetrieben die 40-Stunden-Woche bei gleichbleibendem Lohn als obligatorisch gelten wird. Sicherlich wird die Erreichung dieses Zieles gewerkschaftliche Aktivität und Verhandlungen mit den Unternehmern erfordern; aber im wesentlichen